

PRESSEMITTEILUNG 24 – 10.02.2026

Martin Habersaat

Habersaat fordert Krisengipfel zur Zukunft der Schulen in Schleswig-Holstein

Zum Beginn des Anmeldezeitraums für die weiterführenden Schulen am 23. Februar äußert sich Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, besorgt:

„Es ist eine dramatische Nachricht, dass selbst Schülerinnen und Schüler mit gymnasialer Empfehlung offenbar nicht mehr die nötigen Kompetenzen und Voraussetzungen mitbringen, um erfolgreich am Gymnasium arbeiten zu können. Das ist ein sehr schlechtes Zeugnis für neun Jahre CDU-Bildungspolitik.

Nun müssen alle die Verantwortung übernehmen, die ihnen zukommt. Die Landesregierung muss endlich damit aufhören, auf Kosten der Schwächsten zu sparen – insbesondere, indem Gemeinschaftsschulen Ressourcen gestrichen werden. Gleichzeitig sind auch die Gymnasien gefordert, Wege zu finden, alle ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu fördern, auch wenn zwischenzeitlich Schwierigkeiten auftreten.

Natürlich liegt die Verantwortung für die Zukunft der Kinder in erster Linie bei den Eltern. Es wäre wünschenswert, wenn die Empfehlungen der Grundschullehrkräfte und der Lehrkräfte der weiterführenden Schulen stärker beachtet würden. Nicht hinnehmbar ist, dass vorgeschriebene Beratungsgespräche zum Schulübergang nicht wahrgenommen oder umgangen werden und Entscheidungen über die weiterführende Schulform ohne Einbeziehung der professionellen schulischen Expertise erfolgen. Wenngleich sowohl die Schulübergangsempfehlung als auch die schulische Beratung rechtlich nicht bindend sind, kommt ihnen eine zentrale orientierende Funktion zu. Eine nicht am individuellen Entwicklungsstand des Kindes ausgerichtete Schulwahl kann dessen Bildungsweg unnötig erschweren und zu vermeidbaren Belastungen führen, statt die bestmögliche Förderung und faire Bildungschancen in den Mittelpunkt zu stellen.

Wir brauchen jetzt dringend einen Krisengipfel für die Zukunft der Schulen in Schleswig-Holstein. Dabei darf es nicht nur um die unsägliche Sparpolitik gehen, sondern auch um die Frage, wie wir mit den vielen guten Schulen im Land eine gute Zukunft für alle Kinder und Jugendlichen sichern können. Das gelingt nur, wenn alle Beteiligten ihren Teil verantwortungsvoll übernehmen.“

Material: DS 20/3085